



Liebe Leser,
im Blauen Rundbrief der Woche informieren wir Sie fortlaufend über die aktuellen Presse- und sonstigen Mitteilungen der Alternative für Deutschland, Sachsen und aus Ihrem Kreisverband.

Inhaltsverzeichnis

Aktuelles aus dem Kreisverband Bautzen	5
Pressemitteilungen der Landtagsabgeordneten des KV Bautzen.....	5
Termine – Kreisverband Bautzen.....	5
Hilse aktuell - Bericht aus dem Bundestag	5
Webseite Karsten Hilse, MdB	5
Neues von der AfD Sachsen und der Fraktion im Sächsischen Landtag	6
Vorsicht, Post aus Sachsen! Die Sonntagskolumne von Jörg Urban vom 14.2.2021	6
PRESSEMITTEILUNGEN vom Wochenende 13./14.2.2021	8
Klage gegen Corona-Verordnung: Wir bleiben optimistisch!	8
PRESSEMITTEILUNGEN vom 15.2.2021	8
Selbstbedienung: Staatskanzlei plant 20 neue Stellen	8
Eigenheimdebatte: Die Grünen können nur eins: Verbieten!	9
PRESSEMITTEILUNGEN vom 16.2.2021	9
Mit oder ohne Maske im Auto? Mit blindem Aktionismus will Kretschmer seine Unfähigkeit kaschieren.....	9
Verwaltung muss verschlankt werden!	10
PRESSEMITTEILUNGEN vom 17.2.2021	11
Sinnlos-Lockdown: Sterberate in Deutschland höher als in Schweden und USA.....	11
Sächsisches Steuergeld versickert in Marokko.....	11
PRESSEMITTEILUNGEN vom 18.2.2021	12
Deutsche Soldaten sofort aus Afghanistan abziehen!.....	12
Hass und Hetze von links: Pro Tag mehr als zwei Attacken auf AfD-Politiker!.....	12
PRESSEMITTEILUNGEN vom 19.2.2021	13
Kretschmer-Frühstück mit Söder kostete 1.024,50 €	13
Neues von der Alternative für Deutschland	14



PRESSEMITTEILUNGEN vom 16.2.2021	14
„Kuba-Syndrom“: Merkel versinkt beratungsresistent im Tunneldenken!	14
V-Leute in der AfD.....	15
Grüne und Linke wollen zurück zum Plattenbau	15
PRESSEMITTEILUNGEN vom 17.2.2021	16
Pandemie oder Pathokratie?	16
PRESSEMITTEILUNGEN vom 18.2.2021	17
Im Kampf gegen die AfD ist Verfassungsschützern alles ‚Recht‘	17
Neues von der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag	18
PRESSEMITTEILUNGEN vom Wochenende 13./14.2.2021	18
Bürger wollen nicht länger zu Hause eingesperrt sein und zusehen, wie ihre Existenzgrundlage vernichtet wird	18
Ungehinderte Einreisen von Asylbewerbern in der Pandemie konsequent unterbinden	18
PRESSEMITTEILUNGEN vom 15.2.2021	19
Wahlen im Kosovo – Alter Balkan-Wein in neuen Schläuchen	19
Unverantwortliche Diskussion über Osterurlaub verunsichert die Bürger.....	19
Venezuela-Politik der Bundesregierung gescheitert	20
Verbot oppositioneller TV-Sender lässt Zweifel an demokratischen Standards in der Ukraine aufkommen	21
Lockdown beenden, um Flut an psychischen Erkrankungen zu stoppen	21
Grün-sozialistischer Angriff auf das Eigenheim	22
PRESSEMITTEILUNGEN vom 16.2.2021	22
Deutschfeindlichkeit steigt steil an.....	22
Jahrmarktsgaukelei vor den Wahlen – Altmaier will EEG-Kosten verschwinden lassen.....	23
Laschet ist nicht die Lösung, sondern Mitverursacher des Problems!.....	24
Grenzkontrollen sind also doch möglich!	24
PRESSEMITTEILUNGEN vom 17.2.2021	25
Bundesregierung verletzt die UN-Kinderrechtskonvention.....	25
Sorgen vor Folgen der Corona-Impfung ernst nehmen.....	25
Keine Pflicht zum Tragen giftiger Masken	26
Laschets Inzidenzwert-Kritik ist wenig glaubwürdiges Wahlkampfmanöver	27
Warum verschweigt Frau Klöckner ihre Hinterzimmertreffen mit Lobbyisten?	27
Schulen deutschlandweit zeitnah öffnen.....	28
PRESSEMITTEILUNGEN vom 18.2.2021	28



Corona-Schnelltests ab 1. März – ohne Heraufsetzen der Inzidenzwerte Schritt in den Dauerlockdown	28
Lockdown beenden statt folgenlose Öffnungsdebatten führen.....	29
Das staatliche Tierwohlkennzeichen muss gestoppt werden	29
Video-Empfehlungen	30
Kanal der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag	30
Kanal der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag	30
Kanal von AfD Kompakt TV	30
Wochenendpodcast der AfD.....	30
AfD im EU-Parlament.....	30
Meldungen aus Deutschland und der Welt	31
Gemischtes aus Deutschland und der Welt	31
DRESDEN: MANN ZÜNDET SICH VOR LANDTAG AN UND STIRBT, IDENTITÄT WEITER UNKLAR	31
Leopoldina-Mitglied: „Wissenschaftler haben sich von der Regierung für Propaganda einspannen lassen“	31
Deutschland tritt Genomprojekt der EU bei.....	31
WDR entschuldigt sich für „Blackfacing“ in Karnevalssendung.....	31
Das Symbol des Bösen: Der Kreis der Agenda 2030 / des Great Reset.....	31
Aus Sorge vor Diskriminierung: Englischer Humor bald mit Warnhinweisen.....	31
Informationen zum Coronavirus	31
Robert Koch-Institut: COVID-19-Dashboard	31
Johns Hopkins Universität: COVID-19-Dashboard	31
Aktuelle Belegungssituation intensivmedizinischer Bereiche der Krankenhaus-Standorte Deutschlands	31
Krankmeldungswelle im Krankenhaus nach Corona-Impfung.....	31
Fünf Todesfälle in Emstek - neue Tests im Seniorenheim	32
Corona-Ausbruch nach Erstimpfung in Solmser Seniorenheim	32
Kretschmer: Dieses Jahr kein Osterurlaub in Deutschland möglich.....	32
Kein Osterurlaub - Kretschmer bleibt dabei	32
Britische Regierung veröffentlicht schockierenden Bericht über COVID-Impfstoff-Nebenwirkungen	32
„Ich rate jedem ab es aktuell zu tun“ – Schilderung der Impfung einer Krankenhausmitarbeiterin.....	32
Regionen in Schweden stoppen AstraZeneca-Impfung wegen starker Nebenwirkungen.....	32
Hamburger Forscher: Coronavirus stammt wohl aus China-Labor	32



Corona-Infos für Sachsen	32
Sächsische Corona-Schutz-Verordnung.....	32
Corona-Schutz-Verordnungen und Informationen für den Landkreis Bautzen	32
Corona-Statistik Landkreis Bautzen	32
Sachsen verbietet Sonnenbrille und Mütze im Auto!.....	32
Unschöne Nachrichten ... aus der Kategorie „Bereicherung“	33
IM FUSSGÄNGERTUNNEL! DREI KINDER IN CHEMNITZ SEXUELL MISSBRAUCHT	33
Lesbos: 130 Flüchtlinge landen am Mittwoch in Deutschland.....	33
Männer bedrohen Frauen mit Waffen: Drei SEK-Einsätze in Berlin	33
Mädchen (13) in Zug 40 Minuten lang missbraucht	33
Fakten in Bildern	34
Achtung Satire!	36
Kommunalmandate im KV Bautzen	37
PRESSE-ARCHIV.....	37
SPENDENKONTO.....	37
KONTAKT:.....	37



Aktuelles aus dem Kreisverband Bautzen

Pressemitteilungen der Landtagsabgeordneten des KV Bautzen

Termine – Kreisverband Bautzen

Mi	03.03.21	14.00-17.00 Uhr	Bürgerbüro Bautzen Karl-Marx-Straße 15 02625 Bautzen	BÜRGERSPRECHSTUNDE mit Jörg Urban, Landesvorsitzender der AfD Sachsen
Do	04.03.21	14.00-17.00 Uhr	Bürgerbüro Bautzen Karl-Marx-Straße 15 02625 Bautzen	BÜRGERSPRECHSTUNDE der AfD-Stadtratsfraktion Bautzen
Di	09.03.21	14.00-17.00 Uhr	Bürgerbüro Bautzen Karl-Marx-Str. 15 02625 Bautzen	BÜRGERSPRECHSTUNDE mit Karsten Hilse, MdB
Mi	10.03.21	14.00-17.00 Uhr	Bürgerbüro Hoyerswerda Friedrichsstr. 9	BÜRGERSPRECHSTUNDE mit Karsten Hilse, MdB
Do	11.03.21	14.00-17.00 Uhr	Bürgerbüro Kamenz Klosterstr. 4 01917 Kamenz	BÜRGERSPRECHSTUNDE mit Karsten Hilse, MdB

Alle Termine finden Sie unter: <http://www.afdbautzen.de/veranstaltungshinweise/>

Hilse aktuell - Bericht aus dem Bundestag

Webseite Karsten Hilse, MdB

Die Internetseite unseres Bundestagsabgeordneten Karsten Hilse ist online.

Unter www.karstenhilse.de können Sie sich immer über ihn und seine Arbeit informieren.



Neues von der AfD Sachsen und der Fraktion im Sächsischen Landtag

Vorsicht, Post aus Sachsen!

Die Sonntagskolumne von Jörg Urban vom 14.2.2021

Liebe Freunde, liebe Leser,

vor wenigen Tagen veröffentlichte das Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf eine erschütternde Studie über die psychische Gesundheit unserer Kinder.

Kurz zusammengefasst: Der Lockdown macht krank. Besonders betroffen davon sind Menschen mit einem geringen Einkommen. Sie und ihre Kinder leiden umso mehr, je länger die Zwangspause anhält.

Die sogenannte COPSYP-Studie (Corona und Psyche) wurde bereits vor einem halben Jahr zum ersten Mal durchgeführt. Dadurch liegen nun nach dem zweiten Durchgang sogar schon Vergleichswerte vor, die belegen, wie die Belastung von Woche zu Woche zunimmt.

Inzwischen empfinden vier von fünf Kindern die Corona-Verbote als „äußerst belastend“. Fast jedes dritte Kind verhält sich psychisch auffällig und 45 Prozent von ihnen sagen, die aktuellen Einschränkungen seien für sie „anstrengender“ als die aus dem letzten Jahr.

Das liegt vor allem daran, dass jede Form des Ausgleichs untersagt ist. Laut der Hamburger Untersuchung machen zehnmal mehr Kinder im Vergleich zu Vor-Corona-Zeiten „überhaupt keinen Sport mehr“. Im letzten halben Jahr hat sich diese Zahl der Sportmuffel übrigens noch einmal verdoppelt.

Das heißt: Viele derjenigen Familien, die sich im ersten Lockdown noch bemühten, so normal wie möglich weiterzuleben, haben in den letzten Wochen frustriert aufgegeben, weil sie kein Licht am Ende des Tunnels sehen.

Das Resultat dieser familienfeindlichen Politik der CDU schilderte jüngst ein Kinderarzt gegenüber der BILD-Zeitung wie folgt: „Übergewicht, Schlaflosigkeit, Ritzen, Lethargie, übermäßiger Medienkonsum – das sehe ich momentan ständig in meiner Praxis.“





Der grüne Oberbürgermeister von Tübingen, Boris Palmer, berichtet derzeit, dass die Kinder- und Jugendpsychiatrien derzeit „total überlastet“ seien. Es gebe lange Wartelisten und eine massive Zunahme insbesondere bei Magersucht und Zwangsstörungen.

Aus anderen Ländern ist ähnliches zu vernehmen: Eine Londoner Kinderklinik registrierte einen Anstieg der Kopfverletzungen in Folge von Misshandlungen in Höhe von 1.493 Prozent (!!!). In Irland haben sich die Fälle sexuellen Missbrauchs verdoppelt und in den USA gaben Forscher allein für Grundschulkinder den voraussichtlichen Verlust an Lebensjahren aufgrund verminderter Lebensqualität mit 5,53 Millionen Lebensjahren an. Demgegenüber standen zum Zeitpunkt der Erstellung der Studie nur 1,5 Millionen verlorene Lebensjahre durch Corona-Erkrankungen.

Das bestätigt die Position der AfD: Die gesundheitlichen, sozialen und wirtschaftlichen Kollateralschäden der Corona-Verbote liegen um ein Vielfaches höher als der angebliche Nutzen dieser Politik.

Bis heute liegt zudem kein wissenschaftlicher Beweis dafür vor, dass Lockdowns überhaupt geeignet sind, das Infektionsgeschehen einzudämmen. Die CDU-geführte Regierung macht es sich schlicht so einfach wie möglich: Menschen alles zu verbieten, ist für die Regierung weniger anstrengend, als intelligente Schutzvorkehrungen zu treffen und ein gutes Gesundheitssystem vorzuhalten.

Selbst im Corona-Jahr 2020 wurden in Deutschland weitere Kliniken geschlossen. Wie kann das sein? 1991 gab es bundesweit 665.565 Krankenhausbetten. Davon sind nach dem letzten Stand nur 494.326 erhalten geblieben. Diese 170.000 Betten fehlen uns in diesem Winter.

Das ist offensichtlich, auch wenn es die Regierung verschweigt. Bundeskanzlerin Angela Merkel und Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer bedienen sich also erkennbar einer Placebo-Politik. Sie verabreichen der Bevölkerung nutzlose Scheinmedikamente, um von ihrem eigenen Versagen abzulenken.

Dazu passt auch die am Dienstag von der CDU vorgetragene Forderung nach einem Einsamkeitsbeauftragten bei der Bundesregierung. Statt einen solchen zusätzlichen Versorgungsposten für Parteikarrieristen zu schaffen, sollte die Regierung endlich dafür sorgen, die von ihr verordnete Massen-Einsamkeit zu beenden.

Wir kämpfen daher weiter dafür, die Grundrechtseinschränkungen aufzuheben und die Risikogruppen mit angemessenen Maßnahmen zu schützen.

Bis nächsten Sonntag,
Ihr Jörg Urban

<https://www.facebook.com/joerg.urban.mdl/photos/a.922706534487911/3785688311523038/>



PRESSEMITTEILUNGEN vom Wochenende 13./14.2.2021

Klage gegen Corona-Verordnung: Wir bleiben optimistisch!

Mehrere Medien berichten heute darüber, dass der AfD-Eilantrag gegen die sächsische Corona-Schutzverordnung vom Verfassungsgerichtshof abgelehnt wurde. Dazu erklärt der parlamentarische Geschäftsführer, Jan Zwerg:

„Es ist richtig, dass unser Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung abgelehnt wurde. Das Gericht sah somit leider keine Eilbedürftigkeit. Das bedauern wir, bleiben aber optimistisch im Hinblick auf das Hauptsacheverfahren, denn der Verfassungsgerichtshof kann unserer Argumentation durchaus folgen.“

Er kritisiert sehr deutlich die 15-Kilometer-Regelung, die nächtliche Ausgangssperre und das Alkoholverbot im öffentlichen Raum. Hier stelle sich die Frage, ob es zur Reduzierung von Kontakten nicht mildere, aber gleich geeignete Mittel gibt.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/klage-gegen-corona-verordnung-wir-bleiben-optimistisch/>



PRESSEMITTEILUNGEN vom 15.2.2021

Selbstbedienung: Staatskanzlei plant 20 neue Stellen

Laut AfD-Anfrage (7/5283) werden im nächsten Doppelhaushalt insgesamt 20 neue Stellen in der Staatskanzlei geschaffen. Vier neue Beamte wären durch die Regierungsneubildung erforderlich und 16 neue Beamte für den IT-Bereich.



André Barth, haushalts- und finanzpolitischer Sprecher der AfD-Fraktion, erklärt:

„Während viele Bürger aktuell um ihre Existenz kämpfen, greift die neue Kenia-Koalition noch tiefer in die Steuertasche. Allein 470 neue Stellen wollen sie in ihren Ministerien insgesamt schaffen und die Bürokratie weiter aufblähen. Auch die Frau des CDU-Ministerpräsidenten wurde eigens mit einer hochdotierten neuen Stelle als Referatsleiterin bedacht.“

Aufgrund der Corona-Krise hat der Freistaat sechs Milliarden Euro Schulden aufgenommen, die in den nächsten Jahren zurückgezahlt werden müssen. Die Staatsregierung müsste also wie die meisten Bürger den Gürtel enger schnallen, legt

aber eine fragwürdige Selbstbedienungsmentalität an den Tag. Dies wird u.a. auch an der geplanten Diätenerhöhung deutlich, die die AfD ablehnt.



Die AfD-Fraktion fordert endlich mehr Haushaltsdisziplin und einen verantwortungsvolleren Umgang mit dem Geld der Steuerzahler.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/selbstbedienung-staatskanzlei-plant-20-neue-stellen/>

Eigenheimdebatte: Die Grünen können nur eins: Verbieten!

Ganz im Ernst diskutiert Deutschland gerade darüber, ob Einfamilienhäuser verboten werden sollten. Ausgelöst hatte die [#Eigenheimdebatte](#) der grüne Fraktionsvorsitzende, Anton Hofreiter. Als Gründe für die Schädlichkeit von neuen Eigenheimen nannte er das Klima und die mögliche Zersiedelung des Landes.



„Ich frage mich, in welcher Parallelwelt Herr Hofreiter eigentlich lebt“, erwidert dazu Jan Zwerg, Generalsekretär der sächsischen [#AfD](#). „Wir haben inzwischen immer weiter wachsende Großstädte, in denen sich eine Familie mit zwei Kindern kaum noch eine Wohnung, geschweige denn ein Haus leisten kann. In einer solchen Situation ist es absolut zu begrüßen, wenn sich Familien für den ländlichen Raum entscheiden und sich dort verwurzeln.“

Doch anscheinend passt diese glückliche Familie, bestehend aus Mann, Frau und mehreren Kindern, die sich in ihrem Dorf bei der Freiwilligen Feuerwehr und im Musikverein engagiert, nicht ins Weltbild der Grünen. Deshalb soll jetzt das nächste Verbot her.

„Die Grünen haben sich damit einmal mehr selbst entzaubert“, kommentiert Zwerg dazu. „Sie sind und bleiben eine [#Verbotspartei](#). Wir setzen uns währenddessen für die Stärkung der Familien und des ländlichen Raums ein.“

<https://www.facebook.com/AfD.Sachsen/photos/a.322068014589056/3459058677556625/>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 16.2.2021

Mit oder ohne Maske im Auto? Mit blindem Aktionismus will Kretschmer seine Unfähigkeit kaschieren

Obwohl die Corona-Zahlen bereits drastisch gesunken sind, fährt die CDU-geführte Staatsregierung noch einmal schwere Geschütze auf. Besonders albern ist dabei der neueste sächsische Alleingang: Nur im Freistaat muss der Fahrer eines PKW nun eine Maske tragen, wenn sich weitere Fahrgäste aus anderen Haushalten im Auto befinden.

Dieser unüberlegte Schnellschuss führt juristisch zu riesigen Problemen, berichtet aktuell BILD. Denn laut Bundesrecht herrscht ein Vermummungsverbot für Fahrer. Wer dennoch mit Maske fährt, muss mit 100 Euro Bußgeld rechnen. Wer sich aber nicht an die neue sächsische Verordnung hält, wird trotzdem zur Kasse gebeten. Der Delinquent kommt aber mit 60 Euro vergleichsweise günstig weg.



Ähnlich sinnfrei ist die Aufhebung der 15-Kilometer-Leine in einigen Landkreisen. Für sportliche Aktivitäten darf der Bürger hier wieder weiter wegfahren, explizit ausgenommen sind aber touristische Aktivitäten. Da stellt sich die Frage, wie das seriös unterschieden werden soll. Darf der Dresdner seinen Stadtbummel durch Bautzen nur noch in Jogginghosen absolvieren? Und ist der Ausflug mit dem Fahrrad auf dem Autodach touristisch oder sportlich zu werten?

„CDU-Ministerpräsident Kretschmer will offensichtlich seine Unfähigkeit in der Corona-Krise mit blindem Aktionismus kaschieren“, meint der AfD-Fraktionsvorsitzende, Jörg Urban.

„Keine seiner drastischen Lockdown-Maßnahmen wurde bisher wissenschaftlich überprüft. Die Corona-Zahlen sinken auch, ohne das ganze Land in ein künstliches Koma zu versetzen. Das beweist die aktuelle Entwicklung in Schweden und der Schweiz. Mit massiven Grundrechtseinschränkungen ist den Bürgern praktisch ein ganzes Jahr gestohlen worden.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/mit-oder-ohne-maske-im-auto-mit-blindem-aktionismus-will-kretschmer-seine-unfaehigkeit-kaschieren/>

Verwaltung muss verschlankt werden!

Zur Kritik des Rechnungshofes am geplanten Doppelhaushalt 2021/22 erklärt der haushalts- und finanzpolitische Sprecher der AfD-Fraktion, André Barth:

„Wir haben in Sachsen eine schrumpfende Bevölkerung. Dementsprechend sollte auch die Verwaltung verkleinert werden. Ich bin dem Rechnungshof deshalb sehr dankbar dafür, dass er ebenso wie die AfD immer wieder die vielen unnötigen, neuen Stellen im Staatsapparat anspricht.“

Nach meinem Verständnis sollte zudem die Digitalisierung genutzt werden, um den Arbeitsaufwand in den Behörden zu verringern. Das Ziel muss es sein, die Personalausgaben des Freistaates Sachsen deutlich herunterzufahren und eine effektive, moderne Verwaltung aufzubauen. Davon sind wir leider noch meilenweit entfernt, weil CDU, Grüne und SPD den Staat seit Jahren als Selbstbedienungsladen begreifen und bei der Digitalisierung hinterherhinken.

Eine Verschlinkung der Verwaltung ist jedoch kein Selbstzweck. Sie dient dazu, um genug Geld für notwendige Investitionen in die Zukunft zur Verfügung zu haben. Wenn es z.B. darum geht, benötigte Lehrer einzustellen oder die Infrastruktur zu sanieren, zeigen wir uns gerne großzügig. Diese Investitionen kommen unseren Kindern zugute und genau das ist der entscheidende Punkt!“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/verwaltung-muss-verschlankt-werden/>





PRESSEMITTEILUNGEN vom 17.2.2021

Sinnlos-Lockdown: Sterberate in Deutschland höher als in Schweden und USA

Was haben deutsche Politiker und Medien Schweden und die USA an den Pranger gestellt. Beide Länder wurden eines Totalversagens in der Corona-Politik bezichtigt, weil sie den harten Lockdown mit drastischer Einschränkung der Grundrechte ablehnten.



Nun zeigt sich, die CDU-geführte Regierung ist der eigentliche Totalversager: Deutschland hat bei der Corona-Sterberate mittlerweile Schweden und die USA überholt. Laut WELT hat es der harte Lockdown nicht geschafft, die überdurchschnittlich vielen Toten in den deutschen Pflegeheimen zu verhindern.

In Schweden und vielen US-Bundestaaten wurden dagegen Wirtschaft und Gesellschaft nie in ein künstliches Koma versetzt. Schulen, Restaurants, Läden und Sportstätten waren weitestgehend geöffnet und die Bürger konnten ihre sozialen Kontakte pflegen. Dennoch sinken in beiden Ländern die Corona-Zahlen deutlich.

„Diese Daten geben der AfD auf ganzer Linie recht“, sagt parlamentarische Geschäftsführer der AfD-Fraktion, Jan Zwerg. „Wir fordern seit Monaten, den unwirksamen Lockdown zu beenden und dafür die Risikogruppen in den Pflegeheimen besser zu schützen. Immer deutlicher zeigt sich: Die regierende CDU hat mit ihrer desaströsen Corona-Politik mehr Schaden verursacht, als abgewendet.“

<https://www.welt.de/politik/deutschland/plus226490663/Corona-Mutationen-Das-wird-aehnlich-laufen-wie-mit-der-Influenza.html>

<https://afd-fraktion-sachsen.de/sinnlos-lockdown-sterberate-in-deutschland-hoher-als-in-schweden-und-usa/>

Sächsisches Steuergeld versickert in Marokko

Was glauben Sie, wohin überall sächsisches Steuergeld versickert? Wir sagen es Ihnen: zum Beispiel nach Marokko zur „Stärkung der Resilienz (Widerstandsfähigkeit) von ländlichen Gemeinden“.

Lassen Sie sich das bitte auf der Zunge zergehen: In unseren eigenen ländlichen Regionen – also dem Erzgebirge oder der Lausitz – verfallen die Schulen, Bahnhöfe und Straßen. Das interessiert die CDU-geführte Regierung nicht. Stattdessen kümmert sie sich um eine von Landflucht betroffene Region in Afrika.

134.200 Euro war ihr das wert, wie unsere Kleine Anfrage (Drs. 7/5280) zu sächsischen Entwicklungshilfegeldern





offenbarte. Gestellt hat sie unser Abgeordneter André Barth. Ihm teilte man außerdem mit, dass insgesamt für Entwicklungshilfe 548.000 Euro im Jahr 2020 ausgegeben wurden.

Wir meinen: Gegen privat organisierte Entwicklungshilfe ist nichts einzuwenden. Vereine dürfen gern Spenden sammeln gehen. Aber sächsisches Steuergeld sollte zuerst zur Behebung sächsischer Probleme eingesetzt werden. Das heißt z.B. zur Stärkung des ländlichen Raums in Sachsen.

<https://afd-fraktion-sachsen.de/saechsisches-steuergeld-versickert-in-marokko/>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 18.2.2021

Deutsche Soldaten sofort aus Afghanistan abziehen!

Die NATO-Verteidigungsminister beraten aktuell darüber, ob der Afghanistan-Einsatz über den April hinaus verlängert wird. Das Mandat der Bundeswehr läuft Ende März aus. Wahrscheinlich wird es aber bis zum Jahresende verlängert. Seit Abschluss des Kampfeinsatzes gegen die Taliban Ende 2014 ist die NATO mit der Unterstütmungsmission „Resolute Support“ in Afghanistan. Zur Zeit ist die Bundeswehr mit rund 1.100 Soldaten im Einsatz.



„Nach 18 Jahren Einsatz in Afghanistan ist es nicht gelungen, die nationalen afghanischen Sicherheitskräfte in die Lage zu versetzen, das Land in der Fläche nachhaltig zu befrieden“, sagt dazu das sächsische AfD-Landesvorstandmitglied Andreas Harlaß: „Die AfD ist die einzige in den Parlamenten vertretene deutsche Partei, die sich aktiv für eine Friedenspolitik einsetzt. Ein Antrag der AfD-Fraktion, das

Engagement der Bundeswehr in Afghanistan zu beenden (19/7937), wurde von allen anderen Parteien im Bundestag abgelehnt.

Die kaputtgesparte Bundeswehr wird von Parteien mit der CDU an der Spitze – im Schulterschluss mit der selbsternannte Friedenspartei ‚Die Grünen‘ – zum Spielball globaler NATO-Interessen missbraucht, obwohl die Landesverteidigung auf deutschem Hoheitsgebiet deren wichtigster Auftrag ist.

Seit 1992 kamen bei Auslandseisätzen 114 deutsche Soldaten ums Leben. Dieses sinnlose Sterben muss aufhören. Bundeswehr raus aus Afghanistan. Sofort!“

<https://www.facebook.com/AfD.Sachsen/photos/a.322068014589056/3466188766843616/>

Hass und Hetze von links: Pro Tag mehr als zwei Attacken auf AfD-Politiker!

Medien und CDU-Ministerpräsident Kretschmer behaupten seit Jahren, unsere Demokratie sei vor allem von rechts bedroht. Nun macht das Bundeskriminalamt (BKA) öffentlich, dass gewählte Volksvertreter besonders von Hass, Hetze und Gewalt von links betroffen sind.



Insgesamt gab es im letzten Jahr bundesweit 863 Straftaten gegen AfD-Politiker. Das waren 40



Prozent aller Attacken, berichtet die FAZ. Auch bei Gewalttaten waren AfD-Amts- und Mandatsträger in 37 von insgesamt 52 Fällen am häufigsten Opfer. Politiker von linken Parteien wurden dagegen am wenigsten attackiert.

In Sachsen ist der linke Terror deutlich spürbar: Erst vor wenigen Tagen wurden beim AfD-Kreisvorsitzenden von Nordsachsen die Radmuttern am Auto gelockert. Sächsische AfD-Vertreter wurden bereits mehrfach an Infoständen angegriffen und Parteibüros sogar mit Sprengstoff attackiert.

Eine besonders unrühmliche Rolle spielen dabei die Medien. Über die AfD wird nur in einem negativen Framing berichtet und der Partei praktisch ihre Daseinsberechtigung

abgesprochen. Für Linksextremisten der Antifa ist das eine Aufforderung, zur Tat zu schreiten.

„Besonders perfide ist, dass die CDU-Regierung nicht die Linksextremisten stärker ins Visier des Verfassungsschutzes nimmt“, sagt der AfD-Fraktionsvorsitzende, Jörg Urban. „Sie lässt lieber die AfD beobachten – das größte Opfer von politischem Extremismus und den stärksten politischen Konkurrenten der CDU.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/hass-und-hetze-von-links-pro-tag-mehr-als-zwei-attacken-auf-afd-politiker/>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 19.2.2021

Kretschmer-Frühstück mit Söder kostete 1.024,50 €

Mitten in der Corona-Krise veranstaltete Sachsens **#CDU**-Ministerpräsident Michael Kretschmer ein großes Frühstück mit seinem Kollegen aus Bayern, Markus Söder.

Dank einer Kleinen Anfrage (Drs. 7/5273) von André Barth liegt uns die Rechnung davon vor. Den Angaben der Regierung zufolge starteten Kretschmer und Söder für „läppische“ 1.024,50 Euro in den Tag. Lieber Herr Kretschmer, verraten Sie uns doch bitte, warum das so teuer wurde?

Pressefotos und Berichte legen die Antwort nahe: Laut Frankenpost blieben die für die Bürger aufgebauten Tische weitestgehend leer. Umso mehr gab es für die zahlreich anwesenden Journalisten zu futtern.



Alles in allem war das Kretschmer-Söder-Frühstück also eine riesige Selbstinszenierung auf Steuerzahlerkosten, bei der galt: Brezeln gegen wohlwollende Berichterstattung, garniert mit ein paar Seitenhieben auf die **#AfD**.



<https://www.facebook.com/AfD.Fraktion.Sachsen/photos/a.706860669383454/3736839823052175/>



Neues von der Alternative für Deutschland

PRESSEMITTEILUNGEN vom 16.2.2021

„Kuba-Syndrom“: Merkel versinkt beratungsresistent im Tunneldenken!

Mittlerweile erkennen auch immer mehr Journalisten, Mediziner und Virologen, was seit Jahren immer offensichtlicher wird: Kanzlerin Angela Merkel vertritt ein autoritäres Staats- und



Politikverständnis, das den Bürger und generell den Kritiker lediglich als lästigen Störenfried betrachtet. Der Infektiologe Matthias Schrappe lässt im „Focus“-Interview kein gutes Haar an der Kanzlerin der Parlaments-Entmachtung und stellt treffend fest, dass sie in einem „Kuba-Syndrom“ gefangen sei: „In der Risikoforschung nennt man das Kuba-Syndrom, wenn sich eine Führungsgruppe nur mit Menschen umgibt, die alle der

gleichen Meinung sind.“ Merkel habe sich mithin „in einem Tunnel vergraben.“

Und wenn dieses beratungsresistente Tunneldenken nicht zum politischen Erfolg führt, dann sind selbstverständlich nicht eigene Fehler, sondern nur die äußeren Umstände, das Virus, das Klima, Donald Trump, Boris Johnson, die AfD oder Tante Emma aus Alaska an allem schuld. Auf keinen Fall sollte man sich dazu herablassen, auf Einwände und Gegenargumente des „Pöbels“ auch noch einzugehen. So hat Merkel im Zusammenhang mit der Öffnung der Schulen auf die „Kultushoheit“ der Länder verwiesen und damit den schwarzen Peter schon präventiv weitergereicht, wie der „Focus“-Autor ironisch kritisiert: „Steigen die Zahlen wieder, dann war es nicht die Bundesregierung mit der risikobewussten Kanzlerin an der Spitze, dann waren es die Länder, also die risikofreudigen Ministerpräsidenten.“ Dabei war die Öffnung der Schulen vollkommen richtig – bei erneut ansteigenden Zahlen wäre eher zu fragen, ob Merkel beim Schutz der Risikogruppen in Alten- und Pflegeheimen versagt hat. Doch das hieße ja wieder, Fehler einzugestehen und jenseits des Tunnels auf andere Argumente zu hören.

[Focus.de: „Mediziner: „Kanzlerin leidet unter Kuba-Syndrom – sie lässt nur noch eine Meinung zu.“
https://afdkompakt.de/2021/02/16/kuba-syndrom-merkel-versinkt-beratungsresistent-im-tunneldenken/](https://afdkompakt.de/2021/02/16/kuba-syndrom-merkel-versinkt-beratungsresistent-im-tunneldenken/)



V-Leute in der AfD

Der Verfassungsschutz hat vor geraumer Zeit damit begonnen, V-Leute in der AfD und der „Jungen Alternative“ anzuwerben. Es gibt auch in solchen Landesverbänden Anwerbeversuche von AfD-Mitgliedern, die nicht als „Verdachtsfall“ eingestuft werden. Sogar vor dem Werben von ehemaligen Mitgliedern, die dann mit „Horch- und Guck“-Auftrag in die Partei zurücksollen, wird nicht zurückgeschreckt.

Carsten Hütter, Mitglied des Bundesvorstandes, erklärt dazu:

„Das Ausspähen der Alternative für Deutschland mit nachrichtendienstlichen Mitteln ist einer Demokratie unwürdig. Dieses Vorgehen der Verfassungsschutzämter soll nicht nur dazu dienen, die AfD weiter zu diskreditieren und Informationen abzuschöpfen.

Es soll auch Unruhe in die Partei tragen, indem sich Mitglieder am Ende ggf. sogar gegenseitig der Bespitzelung verdächtigen. Von solchen durchsichtigen Manövern lassen wir uns nicht beeindrucken und werden unsere politische Arbeit unbeirrt fortsetzen. **Wo immer es zu Versuchen der Kontaktaufnahme durch den Verfassungsschutz kommt, wird gebeten, diese weiterhin der AG-VS über die Bundesgeschäftsstelle zu melden.**

Es ist absurd, dass mit der AfD eine Partei in Gänze von den Nachrichtendiensten in die Zange genommen werden soll, die sich am deutlichsten für Volksentscheide und den Bestand sowie die Sicherheit Deutschlands ausspricht!

Kein einziger Programmpunkt unserer Partei steht im Widerspruch zum Grundgesetz – im Gegenteil, wir machen uns konsequent für das Grundgesetz stark. Wir werden den unlauteren staatlichen Versuch, die berechtigten Anliegen von Millionen Wählern zu untergraben, unter keinen Umständen tatenlos hinnehmen und uns gegen das Agieren der Verfassungsschutzämter und Innenministerien mit allen rechtsstaatlichen Mitteln zur Wehr setzen!“

<https://www.afd.de/carsten-huetter-v-leute-in-der-afd/>

Grüne und Linke wollen zurück zum Plattenbau

Anton Hofreiter hat in einem SPIEGEL-Interview erhebliche Zweifel am Sinn von neuen Einfamilienhäusern angemeldet. Auch ein zukünftiges Verbot von Einfamilienhäusern ist für die Grünen kein Tabu mehr. Linken-Chef Bernd Riexinger hat kurz danach die grünen Forderungen gelobt und verteidigt.

Beatrix von Storch, stellvertretende Bundessprecherin, erklärt:

„Die Grünen sind und bleiben eine Verbotspartei. Nach Veggie-Day, Tempolimit und Fahrverboten ist jetzt das Einfamilienhaus dran. Das Planen über die Menschen hinweg, das Bevormunden und Verbieten – dafür steht Grün. Und die sozialistischen Grünen sind der neue Wunschpartner der Union. Die Grünen haben nie ihr sozialistisches Planungsverhältnis zum Eigentum verlassen, auch wenn sie sich bürgerlich geben, um mit der Union die nächste Bundesregierung zu übernehmen. Die Grünen sind vor allem Heuchler! Jeder von ihnen gebe sein großes Haus mit Garten her.

Wer CDU/CSU wählt, wird ab Herbst genau diese eigentums- und freiheitsfeindliche, grün-sozialistische Politik bekommen.“

<https://www.afd.de/beatrix-von-storch-gruene-und-linke-wollen-zurueck-zum-plattenbau/>



PRESSEMITTEILUNGEN vom 17.2.2021

Pandemie oder Pathokratie?

Wenn der Wahnsinn allgegenwärtig ist, wird er unsichtbar... so läßt sich inzwischen treffend die derzeitige Corona-Politik der Regierung beschreiben. Aber ist es wirklich nur Unvermögen und letztlich Dummheit, wenn Maßnahmen, die sich nachweislich als untauglich erwiesen, einfach verlängert und verstärkt werden?



Aus dem »Wellenbrecher« wurde ein Dauer-Lockdown, dessen Verstetigung in zweiwöchentlichen Candy-Crush-Runden abgenickt wird. Inzwischen kommt die Kritik auch von Einrichtungen, die der Regierung bisher die vorgebliche Legitimation für die schweren Einschnitte in das Privatleben der Bürger lieferten. Leopoldina-Mitglied Michael Esfeld kritisiert: »Wissenschaftler haben sich von der Regierung für Propaganda einspannen lassen.« (1)

Infektiologe Matthias Schrappe, der neben den bekannten Virologen Jonas Schmidt-Chanasit oder

Klaus Stöhr der Arbeitsgemeinschaft »CoronaStrategie« angehört, attestiert der Bundeskanzlerin eine Form politischer Borniertheit: »In der Risikoforschung nennt man das Kuba-Syndrom, wenn sich eine Führungsgruppe nur mit Menschen umgibt, die alle der gleichen Meinung sind. Dann gibt es nur die dauerhafte Fortsetzung von Fehlern.« (2)

Längst ist aus Irrtümern ein zwanghaftes Handeln geworden: Ein Eingeständnis von gravierenden Fehlern im Umgang mit der Krise würde einen großen Autoritätsverlust bedeuten – ein fatales Signal gerade im Superwahljahr. Deswegen werden auch schon einmal nachträglich »wissenschaftliche Begründungen« für den eingeschlagenen Regierungskurs bestellt. (3) Und Wissenschaftler mit abweichenden – und damit inzwischen sehr unbequemen – Erkenntnissen werden gar nicht mehr eingeladen. Weder bei den Regierungsberatungen, noch im öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Es geht sogar so weit, daß »Abweichler« abgesetzt werden – wie in dem Fall des Wirtschaftsethikers Christoph Lütge, der aus dem Bayerischen Ethikrat entfernt wurde.

Noch einmal die Frage: Ist es wirklich nur Unvermögen oder Dummheit? Die Strategien zum Machterhalt sind jedenfalls Kalkül. Angesichts der schlimmen Auswirkungen, die diese falsche Corona-Politik für die Bürger hat, wäre es sehr zynisch, wenn die Regierung wider besseren Wissens handelte. Diese eigenartig selektive »Empathie« kennen wir ja aus der Asylpolitik.

In der Politischen Ponerologie wird der Frage nachgegangen, wie »das Böse« Einzug in die Politik erhält. Der polnische Psychiater Andrzej Łobaczewski sieht in unserer Gesellschaft die Gefahr einer »Pathokratie«, einer Herrschaft einer Gruppe von Personen mit Persönlichkeitsstörungen (insbesondere Psychopathen). Obwohl Psychopathie in der allgemeinen Bevölkerung nur wenig verbreitet ist, sind Menschen mit dieser Persönlichkeitsstörung in höheren Hierarchiestufen überrepräsentiert. Man trifft in den Führungsetagen sechsfach häufiger auf Psychopathen als im



Durchschnitt. Die Gefühlskälte, das pathologische Lügen, ein erheblich übersteigertes Selbstwertgefühl, das betrügerisch-manipulative Verhalten, das mangelnde Schuldbewußtsein, die mangelnde Bereitschaft, Verantwortung für eigenes Handeln zu übernehmen, ein parasitärer Lebensstil, das Fehlen von realistischen, langfristigen Zielen... das sind Eigenschaften, die heute in der Wirtschaft, aber auch in der Politik, für die eigene Karriere von Vorteil sein können.

Auf der anderen Seite fällt es der (psychisch gesunden) Mehrheit oft schwer, diese Führungspersonen oder Politiker als »krank« zu erkennen: »Sie sind nicht gewalttätig, und deshalb kennen wir sie nicht«, so der Tübinger Neurobiologe Niels Birbaumer, jedoch »der Schaden, den sie aber in unserer Gesellschaft anrichten, ist immens.«

- — —
- (1) <https://www.merkur.de/.../corona-angela-merkel-soeder...>
 - (2) <https://www.focus.de/.../kritik-am-merkel-kurs-mediziner...>
 - (3) <https://paz.de/.../glaubwuerdigkeit-der-regierung-schwer...>
 - (4) <https://www.spiegel.de/.../fuehrungskraefte-heiner...>
- <https://www.facebook.com/Bjoern.Hoecke.AfD/photos/a.1424703574437591/2869641163277151/>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 18.2.2021

Im Kampf gegen die AfD ist Verfassungsschützern alles ‚Recht‘

Die Weitergabe einer internen Analyse des Berliner Verfassungsschutzes zur AfD hat SPD-Innensenator Geisel als Geheimnisverrat und als schwerwiegenden Vorfall bezeichnet. Dadurch sei dem Berliner Verfassungsschutz ein „enormer Schaden“ zugefügt worden, wie Geisel im zuständigen Ausschuss des Berliner Abgeordnetenhauses sagte.

Das Landesamt für Verfassungsschutz in Sachsen führt die AfD im Freistaat als Verdachtsfall. Verschiedene Medien haben Anfang Februar 2021 darüber berichtet. Nach dem sächsischen Verfassungsschutzgesetz dürfen sowohl das Innenministerium als auch das Landesamt nur über erwiesene extremistische Bestrebungen unterrichten. Damit ist in Sachsen – im Gegensatz zum Bund und einigen Bundesländern – die öffentliche Kommunikation über Einstufungen zu Prüf- oder Verdachtsfällen von Gesetzes wegen nicht zulässig.

Dazu erklärt Beatrix von Storch, stellvertretende Bundessprecherin:

„Wenn entlastende und also politisch nicht gewollte Informationen aus dem Verfassungsschutz an die AfD weitergegeben werden wie in Berlin, hat das Sondersitzungen und Ermittlungen zur Folge. Wenn aber vergleichbare Informationen zulasten der AfD von Politik und Behörden – gegen Recht und Gesetz und zum schwersten Schaden der Partei – an die Medien gegeben werden, wie u. a. die rechtswidrige Bekanntgabe der AfD als Verdachtsfall in Sachsen, dann ist das offensichtlich unproblematisch.“

Ähnlich verhält es sich bei der rechtswidrigen Bekanntgabe der Bundespartei als ‚Prüffall‘ durch das Bundesamt für Verfassungsschutz: Auch hier wurden Recht und Gesetz vorsätzlich gebrochen – was Gerichte bestätigt haben –, um so der AfD politisch zu schaden. Das dubiose Gutachten ist übrigens als politisches Kampfinstrument weiterhin einsehbar auf netzpolitik.org. Kein Verfassungsschutzamt regt sich auf.



Was für eine verlogene Doppelmoral der sogenannten ‚Verfassungsschützer‘ und der sie steuernden etablierten Parteien, wenn es darum geht, die AfD als ihren politischen Hauptgegner zu bekämpfen. Die obersten Verfassungsschützer im Bund und in den Ländern schützen ihre jeweiligen Regierungen vor dem unliebsamen politischen Gegner und brechen dabei Recht und Gesetz. Berlins SPD-Geisel merkt man seine SED-Vergangenheit auch hier wieder an: Zersetzung des politischen Gegners mit allen Mitteln und Missbrauch des Inlandsgeheimdienstes für die eigenen politischen Ziele.“

<https://www.afd.de/beatrix-von-storch-im-kampf-gegen-die-afd-ist-verfassungsschuetzern-alles-recht/>



Neues von der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

PRESSEMITTEILUNGEN vom Wochenende 13./14.2.2021

Bürger wollen nicht länger zu Hause eingesperrt sein und zusehen, wie ihre Existenzgrundlage vernichtet wird

AfD-Fraktionsvize Peter Felser sieht einen Stimmungsumschwung der Bürger in Sachen Corona-Politik:

„Der offensichtliche Ärger der Bayern über den Corona-Extremisten Söder ist nur ein Beleg unter vielen. Die Bürger wollen nicht länger zu Hause eingesperrt sein und tatenlos zusehen, wie ihre Existenzgrundlage vernichtet wird. Noch ist es nicht zu spät, das Ruder herumzureißen und den irren Lockdown zu beenden. Ein verantwortungsvoller Umgang mit dem Virus kann und darf nicht bedeuten, die Wirtschaft zu zerstören und den Bürgern ihre Freiheit zu nehmen. Die blinde Verbots-Politik der ahnungslosen Altparteien ist gnadenlos gescheitert.“

<https://www.afdbundestag.de/felser-buerger-wollen-nicht-laenger-zu-hause-eingesperrt-sein-und-zusehen-wie-ihre-existenzgrundlage-vernichtet-wird/>

Ungehinderte Einreisen von Asylbewerbern in der Pandemie konsequent unterbinden

Während die gesamte deutsche Bevölkerung faktisch eingesperrt und Ausgangsverboten unterworfen war, Einzelhandel, Gastronomie, Hotellerie und körpernahe Dienstleistungen geschlossen wurden, reisen noch immer ungehindert sogenannte ‚Schutzsuchende‘ ein. Allein Im Januar 2021 wurden laut Bundesamt für Migration und Flüchtlinge rund 8.500 Erstanträge auf Asyl gestellt, im Dezember rund 7.500. Im gesamten ‚Pandemiejahr‘ 2020 waren es 102.581 Erstanträge.

Stephan Brandner, AfD-Bundestagsabgeordneter und ehemaliger Rechtsausschussvorsitzender, sieht in den hohen Zahlen von Einreisenden eine erhebliche Gefahr der Einschleppung des



Coronavirus und hat daher die Bundesregierung um Stellungnahme dazu gebeten, inwiefern die einreisenden ‚Schutzsuchenden‘ getestet würden.

„Die Antwort der Bundesregierung zeigt, dass keinerlei gesonderte Maßnahmen getroffen werden, um Gefahren durch Einreisende zu mildern. Die Bundesregierung zieht sich darauf zurück, dass ein Test angeordnet würde, wenn festgestellt würde, dass ein positives Testergebnis bei Einreise nicht vorliege. Das ist schwer nachvollziehbar und reicht bei Weitem nicht. Bis dahin ist der Asylbewerber möglicherweise schon durch halb Deutschland gereist. Die Bundesregierung muss mindestens dieselben hohen Maßstäbe, die sie den Bürgern abverlangt, auch bei Asylbewerbern anlegen und darf nicht mit zweierlei Maß messen. Einreisen von sogenannten ‚Schutzsuchenden‘ gilt es bis zu einer Beruhigung der Lage in unserem Lande konsequent zu unterbinden.“

<https://www.afdbundestag.de/brandner-ungehinderte-einreisen-von-asylbewerbern-in-der-pandemie-konsequent-unterbinden/>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 15.2.2021

Wahlen im Kosovo – Alter Balkan-Wein in neuen Schläuchen

Bei den Parlamentswahlen am 14. Februar 2021 hat die Opposition unter Führung des Ex-Premiers Albin Kurti klar mit 48 Prozent gewonnen. In westlichen Medien wird er als Reformier und Hoffnungsträger gefeiert. Dazu äußert sich der Leipziger AfD-Bundestagsabgeordnete im EU-Ausschuss, Siegbert Droese:

„Wie bei jeder Wahl auf dem Balkan versprechen alle Kandidaten aller Parteien einen rigorosen Kampf gegen die Korruption, wirtschaftlichen Aufschwung und je nach Spektrum einen mehr oder weniger schnellen Beitritt zur EU. So hat diesmal wieder ein ehemaliger Premier gewonnen, der hier natürlich alles besser machen will. Die Umstände seiner Wahl sind jedoch pikant: Die Wahlkommission hat Kurti von der Kandidatenliste gestrichen. Er hat demnach kein Abgeordnetenmandat. Dazu gilt er weiter als vorbestraft wegen einer Tränengasattacke im kosovarischen Parlament 2018.

Ungeachtet dessen verkündet Kurti nach seinem Sieg: ‚Unsere Ziele sind nobel‘. Klar ist: An den Strukturen wird sich nichts ändern, die ‚alte Garde‘ bleibt und deshalb kann es nur eine privilegierte Partnerschaft mit dem Kosovo geben. Aber ein EU-Beitritt ist angesichts dieser Zustände auf sehr lange Zeit nicht in Sicht.“

<https://www.afdbundestag.de/droese-wahlen-im-kosovo-alter-balkan-wein-in-neuen-schlaeuchen/>

Unverantwortliche Diskussion über Osterurlaub verunsichert die Bürger

Zur Diskussionen über mögliche Reisebeschränkungen während der Osterfeiertage teilt der Vorsitzende der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag, Alexander Gauland, mit:

„Die Äußerungen von Sachsens Ministerpräsidenten Kretschmer und des SPD-Gesundheitsexperten Karl Lauterbach, nach denen ein Osterurlaub ist Deutschland in diesem Jahr nicht möglich sei, sind unverantwortlich.



Statt den Bürgern angesichts sinkender Infektionszahlen endlich eine Perspektive für die Rückkehr zur Normalität zu bieten, werden neue Unsicherheiten geschürt – mit katastrophalen Folgen nicht nur für das Hotel- und Gaststättengewerbe.

Das Vorgehen von Bund und Ländern beim Kampf gegen Corona hat endgültig jedes Maß verloren. Wie kann es sein, dass nur wenige Tage nachdem die Bundeskanzlerin mit den Länderchefs über die Corona-Maßnahmen beraten hat, massive Einschränkungen ins Spiel gebracht werden, die über den 7. März, der als mögliches Enddatum des Lockdowns genannt wurde, weit hinausgehen?

Mit welchen Überraschungen müssen wir noch rechnen? Haben die Kanzlerin und die Ministerpräsidenten vielleicht hinter verschlossenen Türen längst eine Verlängerung des Lockdowns über Ostern hinaus beschlossen?

Dieser Fall zeigt eindringlich, wie wichtig es ist, dass die Beratungen über das Vorgehen gegen das Corona-Virus nicht mehr unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfinden. Die Maßnahmen im Kampf gegen die Pandemie müssen für alle transparent und nachvollziehbar sein. Und vor allem muss den Bürgern endlich ein verbindlicher Plan für das Ende des Lockdowns präsentiert werden, statt sie mit immer neuen Horrorszenarien weiter zu verängstigen.“

<https://www.afdbundestag.de/gauland-unverantwortliche-diskussion-ueber-osterurlaub-verunsichert-die-buerger/>

Venezuela-Politik der Bundesregierung gescheitert

Der außenpolitische Sprecher der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag, Armin-Paulus Hampel, äußert sich zur humanitären Katastrophe in Venezuela wie folgt:

„Durch die realitätsferne, ideologisch verblendete Außenpolitik – fern jeden deutschen Interesses – hat die Bundesregierung maßgeblich mit zur katastrophalen Lage in Venezuela beigetragen. Die UN-Sonderberichterstatterin für Venezuela kommt nach einer 14-tägigen Reise in das Land zu folgendem Ergebnis: ‚Die vom Westen gegen Venezuela verhängten Sanktionen haben die katastrophale Lage im Land verschärft. Sie haben zu einer wirtschaftlichen und humanitären Krise geführt.‘ Die politischen Verlierer sitzen in Berlin, Brüssel und Washington. Der wahre Verlierer ist das Volk Venezuelas.

Die Bundesregierung versuchte mit anderen einen ‚Regime-Change‘ zu erreichen und begann, das Land wirtschaftlich zu strangulieren und erkannte einen Oppositionspolitiker als Staatspräsident an. Zahlreiche EU-Staaten folgten dieser völkerrechtlich grotesken Politik und empfingen sogar die Abgesandten des Oppositionspolitikers als ‚Botschafter‘.

Die Sanktionen gegen Venezuela müssen beendet werden. Das Volk Venezuelas braucht jetzt die Unterstützung der Weltgemeinschaft, wie auch Kolumbien, das mehr als 1,5 Millionen Menschen aus Venezuela aufgenommen hat, welche vor den Folgen des Sanktionsregimes geflohen sind. Deutschlands Politik des ‚Regime Change‘ und des Messens mit zweierlei Maß ist in Venezuela gescheitert, sie wird auch in Syrien scheitern.

Wir brauchen eine Außenpolitik im deutschen Interesse ohne ideologische Scheuklappen“

<https://www.afdbundestag.de/hampel-venezuela-politik-der-bundesregierung-gescheitert/>



Verbot oppositioneller TV-Sender lässt Zweifel an demokratischen Standards in der Ukraine aufkommen

Der ukrainische Präsident Wolodimir Selenskyj hat mit einem Erlass drei oppositionelle russischsprachige TV-Sender verboten. Die Abschaltung von ZIK, NewsOne und 112 erfolgte im Handumdrehen in Kiew infolge der Sanktionierung der Sender und ohne gerichtlichen Beschluss. Dieser durch den ukrainischen Journalistenverband kritisierte Schritt wurde mit der angeblichen Gefährdung der nationalen Sicherheit sowie der Verbreitung russischer Propaganda begründet. Die Sender selbst bezeichneten die Aktion als „politische Abrechnung mit unliebsamen Medien“. Durch den Entzug der Sendelizenzen sind mehr als tausend Arbeitsplätze in Gefahr.

Der AfD-Bundestagsabgeordnete Waldemar Herdt, Mitglied im Auswärtigen Ausschuss und Sprecher der Interparlamentarischen Menschenrechtskommission der AfD-Bundestagsfraktion, kommentiert das jüngste Verbot wie folgt:

„Während die deutschen politischen Eliten und Medien scheinbar ganz von den innenpolitischen Ereignissen in Russland eingenommen zu sein scheinen, spielen sich in unserer Nachbarschaft inakzeptable Angriffe auf die Presse- und Meinungsfreiheit ab. Besonders vor dem Hintergrund der deutschen Unterstützungsmaßnahmen für die Ukraine im Demokratisierungs- und Strukturreformprozess, die nicht zuletzt exorbitante Geldsummen beinhalten, müsste doch diese radikale Aktion die Bundesregierung dazu bewegen, ihren allseits bekannten moralischen Zeigefinger zu erheben oder ihr wenigstens einen kleinen Kommentar entlocken. Denn eine solche weitreichende Entscheidung ist nichts anderes als eine deutliche Abkehr von dem zu Beginn der Amtszeit von Präsident Selenskyj prophezeiten demokratischen und liberalen Reformkurs. Auch wenn sich die Ukraine unter der Führung von Wolodimir Selenskyj in ihrer Außendarstellung gern als ein pro-westliches Land inszeniert, kommen mit diesem radikalen Einschnitt in die Grundrechte Zweifel an den demokratischen Standards im Land auf. Zu einem fairen politischen Diskurs gehören eben auch alternative Meinungen. Gerade jemand wie Wolodimir Selenskyj müsste das am besten verstehen und verkörpern.“

<https://www.afdbundestag.de/herdt-verbot-oppositioneller-tv-sender-laesst-zweifel-an-demokratischen-standards-in-der-ukraine-aufkommen/>

Lockdown beenden, um Flut an psychischen Erkrankungen zu stoppen

Das Ergebnis einer Umfrage der Deutschen Psychotherapeuten-Vereinigung (DPtV) unter ihren Mitgliedern ergab, dass die Nachfrage nach psychotherapeutischer Beratung extrem angestiegen ist. Aus den Antworten von fast 4700 Teilnehmern geht hervor, dass die Zahl der Anfragen nach psychotherapeutischer Beratung im Januar im Vorjahresvergleich um fast 41 Prozent zugenommen hat. In den Privatpraxen hat der Andrang sogar um 61 Prozent zugelegt.

Dazu teilt der AfD-Bundestagsabgeordnete Paul Podolay, Mitglied im Ausschuss für Gesundheit, mit:

„Die psychotherapeutischen Praxen werden überrannt, Hilfesuchende müssen monatelang auf einen Behandlungsplatz warten und die Therapeuten stoßen an ihr Limit.

Das, was von der Regierung so lange versucht wurde kleinzureden und unter den Teppich zu kehren, schlägt jetzt mit voller Wucht zurück.

Der ‚Wellenbrecher-Lockdown‘ führt zu einer Flut an psychischen Neuerkrankungen und Auffälligkeiten in der Bevölkerung. Aber auch der Zustand derjenigen die bereits vor der Krise erkrankt waren, verschlechtert sich dramatisch.



Kinder scheinen die größten Verlierer der Krise zu sein: Die neue Copsy-Studie des Universitätsklinikums Hamburg-Eppendorf ergibt, dass jedes dritte Kind eine psychische Auffälligkeit zeigt, die im Zusammenhang mit der Pandemie steht.

Wir müssen diese unsichtbare Welle stoppen und den Lockdown sofort beenden.“

<https://www.afdbundestag.de/podolay-lockdown-beenden-um-flut-an-psychischen-erkrankungen-zu-stoppen/>

Grün-sozialistischer Angriff auf das Eigenheim

Linken-Chef Bernd Riexinger unterstützt den Vorstoß von Grünen-Fraktionschef Anton Hofreiter gegen den Bau von weiteren Einfamilienhäusern. Dazu erklärt die Fraktionsvorsitzende der AfD im Deutschen Bundestag Alice Weidel:

„Die grüne Verbotspartei hat wieder zugeschlagen, und die Betonsozialisten sind sofort begeistert. Das Einfamilienhaus im Grünen ist der Traum der hart arbeitenden Mittelschicht in unserem Land, die sich von den Früchten ihrer Arbeit Wohlstand und Freiraum erhofft.

Hinter dem kalkulierten grün-sozialistischen Vorstoß, den Bürgern diesen Traum unter dem Allzweck-Vorwand des ‚Klimaschutzes‘ madig zu machen, steckt ein Angriff auf Freiheit und Eigentum und der sozialistische Ungeist der Kollektivierung der Gesellschaft.

Die nachgeschobenen Ausreden der Grünen sind scheinheilig. In Baden-Württemberg, dem Land der Häuslebauer, steht der Angriff auf das Eigenheim kaum verklausuliert sogar im Wahlprogramm. Erklärtes Ziel ist, die Entscheidungen der Kommunen, auf die sich die Grünen-Führung herausredet, durch enge politische Vorgaben in die gewünschte Richtung zu steuern. Für Windparks oder neue Asylbewerber-Siedlungen sollen wir natürlich trotzdem immer noch genug ‚Platz haben‘. Dafür sollen die einheimischen Bürger und Steuerzahler dann eben noch enger zusammenrücken.

Hofreiter selbst macht in seinem Interview keinen Hehl daraus, dass er Wohneigentum skeptisch anschaut und die Leute lieber als Mieter sieht. In der Ablehnung des Privateigentums, der eigentlichen Grundlage des Wohlstands breiter Bevölkerungsschichten, sind sich die grün-roten Sozialisten aller Schattierungen einig. Mit den Grünen droht ein Verbotsregime, das zügig in die Verarmung führt.“

<https://www.afdbundestag.de/alice-weidel-gruen-sozialistischer-angriff-auf-das-eigenheim/>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 16.2.2021

Deutschfeindlichkeit steigt steil an

Die Zahl der deutschfeindlichen Straftaten ist im Jahr 2020 um 64 Prozent angestiegen. Wie eine [Antwort](#) der Bundesregierung auf eine Anfrage des AfD-Bundestagsabgeordneten Martin E. Renner ergab, ist die Zahl der deutschfeindlichen Delikte von 137 im Jahr 2019 auf 213 Fälle im vergangenen Jahr gewachsen. Darunter befindet sich erstmals auch ein Tötungsdelikt.

Deutschfeindlichkeit wird seit 2019 vom Kriminalpolizeilichen Meldedienst in Fällen politisch motivierter Kriminalität (KPMD-PMK) als Teil der Hasskriminalität statistisch erfasst. Eine deutschfeindliche Straftat liegt vor, wenn die Motivation des Täters oder die Umstände der Tat



darauf hinweisen, dass sie wegen der zugeschriebenen oder tatsächlich deutschen „Nationalität“ (Staatsangehörigkeit) des Opfers ausgeübt wurde. Richtet die Tat sich auch gegen die Hautfarbe oder ethnische Zugehörigkeit des Opfers kann sie, so hat die Anfrage ergeben, zusätzlich als rassistisch motiviert eingeordnet werden.

Im Vergleich zur 2019 ebenfalls eingeführten Kategorie Ausländerfeindlichkeit (3.703 Fälle) bewegt sich die erfasste Deutschfeindlichkeit nach wie vor im niedrigen Bereich. Ebenfalls gering ist die Aufklärungsquote („PMK nicht zuzuordnen“): Bei einem Drittel der Fälle im Jahr 2019 konnte die Polizei die politischen oder religiösen Beweggründe der Täter nicht herausfinden (Ausländerfeindlichkeit: 1,4 Prozent). Trotzdem sieht die Bundesregierung keine Anzeichen für ein Aufklärungsdefizit.

Ein weiteres Resultat der Anfrage: Die Polizeistatistik klassifiziert deutschfeindliche und ausländerfeindliche Straftaten gemeinsam als „fremdenfeindlich“.

Dazu erklärt der medienpolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, Martin E. Renner:

„An dieser Antwort der Bundesregierung kann man einmal mehr ablesen, wie weit unser Staatswesen politisch nach links gekippt wird. Während Deutschfeindlichkeit in unseren Großstädten und Ballungszentren schon zum Alltag gehört, erfüllt die entsprechende Kategorie in der polizeilichen Statistik offenbar nur eine Alibifunktion.

Besonders perfide an dieser Placebo-Statistik: Fallzahlen aus der Unterkategorie ‚Deutschfeindlichkeit‘ werden unter der Überkategorie ‚Fremdenfeindlichkeit‘ zusammengefasst. Die meisten Bürger aber werden fremdenfeindliche Straftaten mit Ausländerfeindlichkeit in Verbindung bringen – obwohl hier eben auch Deutschfeindlichkeit, also das glatte Gegenteil der Fall sein kann.

Möglich wäre aber natürlich auch, dass deutsche Bürger nach Lesart des Bundesinnenministeriums bereits als Fremde im eigenen Land anzusehen sind.

Immerhin erkennt die Bundesregierung endlich an, dass Deutschfeindlichkeit auch ein Ausdruck von Rassismus sein kann.“

<https://www.afdbundestag.de/renner-deutschfeindlichkeit-steigt-steil-an/>

Jahrmarktsgaukelei vor den Wahlen – Altmaier will EEG-Kosten verschwinden lassen

Die sogenannten erneuerbaren Energien sollen künftig nicht mehr über den Strompreis, sondern über den Haushalt finanziert werden. Von entsprechenden Plänen berichtet heute das Handelsblatt. Der wirtschafts- und energiepolitische Sprecher der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag, Steffen Kotré, erklärt dazu:

„Altmaier will die explodierenden Kosten der ‚Erneuerbaren‘ vor den Bürgern verstecken. Denn der Unmut über die hohen Strompreise steigt. Der radikale Umbau der Energieversorgung kostet Milliarden. Wir haben die höchsten Strompreise aller Industriestaaten – weltweit. Die Kosten sollen nicht mehr auf der Stromrechnung auftauchen. Stattdessen werden sie den Bürgern aus der Steuertasche gezogen. Das ist nichts anderes als eine Jahrmarktsgaukelei.

Das EEG ist ersatzlos zu streichen. Auch jede andere Subventionierung der instabilen Wind- und Solarenergie muss unterbleiben. Der radikale Umbau unserer Energieversorgung ist mit seinen enormen Kosten eine gigantische volkswirtschaftliche Fehlallokation. Zudem sinkt die



Versorgungssicherheit bedrohlich. Wir brauchen stattdessen eine wirtschaftliche, moderne und versorgungssichere Energieversorgung für Deutschland und keine Experimente am offenen Herzen auf Kosten von Bürgern und Wirtschaft.“

<https://www.afdbundestag.de/kotre-jahrmarktsgaukelei-vor-den-wahlen-altmaier-will-eeg-kosten-verschwinden-lassen/>

Laschet ist nicht die Lösung, sondern Mitverursacher des Problems!

Während der Karneval in diesem Jahr ausfällt, gibt sich NRW-Ministerpräsident Armin Laschet als Wendehals. War er bisher an der Seite von Kanzlerin Merkel und dem bayerischen Corona-Oberinspektor Söder für jede noch so rigorose Maßnahme zu haben, so überrascht er jetzt plötzlich mit Kritik an Grenzwerten und Willkür. Dabei ist es seine CDU, die das ganze Land ins Chaos und die Menschen in Armut gestürzt hat - ohne auch nur einmal eine Folgenabschätzung des Lockdown-Jojos zu treffen.



Ausgerechnet mit Laschet macht sich jetzt der Bock selbst zum Gärtner und beleidigt damit die Intelligenz von Millionen Bürgern, die längst durchschaut haben, dass er ein Fähnlein im Wind ist, welches mit Hinblick auf die Bundestagswahl opportunistischen Purzelbäumen zuneigt. Statt weiter dem Machterhalt Vorzug zu geben, wird es höchste Zeit, dass endlich jemand Verantwortung für die Corona-Misere übernimmt. Herr Laschet, machen Sie den Anfang!

<https://www.n-tv.de/politik/Laschet-kritisiert-Fixierung-auf-Inzidenz-article22364106.html>

<https://www.facebook.com/aliceweidel/photos/a.1063313067013261/4088055317872339/>

Grenzkontrollen sind also doch möglich!

Zu den von der Bundesregierung verfügten Grenzkontrollen erklärt der Vorsitzende der AfD-Bundestagsfraktion, Alexander Gauland:



„Es ist also doch möglich die deutschen Grenzen zu kontrollieren, anders als es Regierungspolitiker und vermeintliche Experten seit 2015 beharrlich behauptet haben.“

Es kommt offenbar nur auf den Anlass an. Wenn es darum geht, Deutschland und seine Sozialsysteme vor illegaler Massenmigration zu schützen, dann ist die Grenze viel zu lang, um sie zu kontrollieren. Dann will man auch die europäischen Partner nicht verärgern und sucht nach einer europäischen Lösung wie nach dem Schatz am Ende des Regenbogens.

Wenn es aber darum geht, das selbstzerstörerische Lockdown-Regime, von dem sich der Rest Europas zusehends verabschiedet, gegen jede Vernunft aufrecht zu erhalten, dann sind all die



fadenscheinigen Argumente plötzlich vergessen. Und wie 2015 verprellt die deutsche Bundesregierung wieder ihre Nachbarn mit ihrem unabgestimmten Vorgehen.

Deutschland braucht sichere Grenzen. Dafür braucht es zuverlässige Grenzkontrollen, um illegale Einwanderung zu unterbinden. Statt der jetzigen Schikanen müssen Einschränkungen von Staatsbürgern Deutschlands und seiner Nachbarstaaten sowie der grenzübergreifenden Wirtschaft jedoch so gering wie möglich gehalten werden.“

<https://www.facebook.com/afdimbundestag/photos/a.159958374587682/841144443135735/>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 17.2.2021

Bundesregierung verletzt die UN-Kinderrechtskonvention

Zu den Auswirkungen der Corona-Maßnahmen der Bundesregierung auf die Kinder in Deutschland erklärt der familienpolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, Martin Reichardt:

„Seit Anfang der sogenannten Pandemie werden Kinder ihrer Würde, ihrer Rechte, ihrer Gesundheit und ihrer Zukunft beraubt. Das ist die erschütternde Bilanz nach fast einem Jahr ‚Corona-Maßnahmen‘. Damit verstößt Deutschland gegen die UN-Kinderrechtskonvention, die die Rechte von Kindern festschreibt. Dazu gehören zum Beispiel das Recht auf Freizeit und Spiel, Partizipation und Bildung. Die Konvention findet allem Anschein nach nur Anwendung, wenn es der Regierung ideologisch in den Kram passt, wie in der Flüchtlingskrise 2015. Da wurden Kinder als Argument in das Feld geführt. Heute ist das Leiden unserer Kinder Frau Merkel egal. Die Regierung hatte Kinder nie im Blick. Im Gegenteil: Kindern wird am meisten zugemutet und für niemanden wird so wenig getan. Kinder sind in diesen Zeiten für die Regierung keine Kinder mehr, sondern werden, wider besseren Wissens, als Gefahr oder Virenschleudern diffamiert. Wenn es um die Öffnung von Schulen und Kindergärten geht, sind Kinder nur noch ein Wirtschaftsfaktor. Kinder werden entmenschlicht, die zuständige Ministerin sieht tatenlos zu.

Die AfD-Fraktion hat im Oktober 2020 in ihrem Antrag, ‚Für eine Kindheit ohne Abstand und Maske – das Kindeswohl bei allen Corona-Maßnahmen prüfen‘, die Regierung dazu aufgefordert, die Rechte von Kindern wiederherzustellen. Wir werden weiter politisch dafür kämpfen, das Leiden der Kinder zu beenden.“

<https://www.afdbundestag.de/reichardt-bundesregierung-verletzt-die-un-kinderrechtskonvention/>

Sorgen vor Folgen der Corona-Impfung ernst nehmen

Berichte über Todesfälle nach Corona-Impfungen sowie Rückgabe bestellter Impfstoffe durch andere Staaten verunsichern derzeit die Menschen in Deutschland.

Der gesundheitspolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, Detlev Spangenberg, erklärt dazu:

„Die Bundesregierung schweigt dazu. Das kann so nicht weiter gehen. Die Bundesregierung muss endlich Transparenz und Klarheit schaffen, muss aufklären und die Sorge der Menschen vor Zwischenfällen und Todesfällen nach der Impfung ernst nehmen.



Wieso soll der AstraZeneca-Impfstoff in Deutschland nur bei unter 65-Jährigen eingesetzt werden, während die WHO keine solche Altersgrenze sieht? Wieso wurden in die Zulassungsstudien zu diesem Impfstoff so wenig ältere Menschen eingeschlossen? Waren das Sicherheitsgründe? Wenn nicht, wann ist mit Ergebnissen für Ältere zu rechnen? Darauf erwarten die Menschen zurecht eine Antwort.

Und erst recht erwarten sie eine restlose Aufklärung der Zwischenfälle und vor allem der Todesfälle nach der Impfung. Es reicht nicht, wenn sich die Bundesregierung hinter der zuständigen Bundesoberbehörde, dem Paul-Ehrlich-Institut und dessen ‚Sicherheitsbericht – Verdachtsfälle von Nebenwirkungen und Impfkomplicationen nach Impfung zum Schutz vor COVID-19‘, versteckt. Dort heißt es, nach der Impfung wären weniger Menschen gestorben, als statistisch ganz ohne Impfung zu erwarten gewesen wäre. Außerdem läge der Altersmedian der Toten bei 85 Jahren.

Wer bezüglich der angeblichen Corona-Toten so argumentieren würde, wie die Bundesregierung jetzt zu den Toten nach der Impfung, würde als ‚Corona-Leugner‘ verunglimpft werden.

Wir erwarten von der Bundesregierung, dass sie jeden Todesfall nach einer Corona-Impfung wirklich aufklärt. Eine Obduktion jedes Toten gehört dazu.

Außerdem erwarten wir, dass vor jeder Impfung im Einzelfall erst geprüft wird, ob eine Impfung überhaupt erforderlich ist oder bereits Immunität besteht. Mit einem einfachen Antikörpertest wäre das möglich.

Das alles ist erforderlich, um das Vertrauen in die Impfung zu steigern. Wenn die Bundesregierung nichts zu verbergen hätte, hätte sie diese einfachen Maßnahmen sicher längst ergriffen.“

<https://www.afdbundestag.de/spangenberg-sorgen-vor-folgen-der-corona-impfung-ernst-nehmen/>

Keine Pflicht zum Tragen giftiger Masken

Forscher des Hamburger Umweltinstituts und der Leuphana-Universität Lüneburg warnen vor Schadstoffen in Masken, die an Haut und Atemluft abgegeben werden. Bei der Analyse von in Deutschland im Umlauf befindlichen Masken fanden sie große Mengen an Klebstoffen, Bindemitteln, künstlichen Duftstoffen und sogar Formaldehyd.

Dazu teilt der AfD-Bundestagsabgeordnete Paul Podolay, Mitglied im Ausschuss für Gesundheit, mit:

„Das Tragen von Masken wurde seit Beginn der Pandemie ad absurdum geführt. Angefangen mit den wirkungslosen ‚Community-Masken‘, die nie eine Zertifizierung durchlaufen mussten, bis hin zu Söders FFP2-Maskenwahn.

Nun warnen Forscher vor den Inhaltsstoffen dieser FFP2- und OP-Masken. Diese weisen teilweise erhebliche Mengen an Schadstoffen auf. Die Forscher bezeichnen diese sogar als Sondermüll.

Man will Menschen vor einer Krankheit schützen, die die Atemwege betrifft, indem man ihnen per Verordnung zwangsweise Giftstoffe in Form von Mikroplastik und Formaldehyd zuführt. Der Irrsinn muss ein Ende finden.



Wenn man das Volk schon dazu zwingt, diese Masken zu tragen, muss sichergestellt werden, dass sie gesundheitlich vollkommen einwandfrei sind.“

<https://www.afdbundestag.de/podolay-keine-pflicht-zum-tragen-giftiger-masken/>

Laschets Inzidenzwert-Kritik ist wenig glaubwürdiges Wahlkampfmanöver

Der Fraktionsvorsitzende der AfD im Deutschen Bundestag Alexander Gauland kommentiert die jüngsten Aussagen des nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten und CDU-Vorsitzenden Armin Laschet, der die Fixierung auf Inzidenzwerte als Kriterium für Lockerungen des Corona-Lockdowns in Frage gestellt hat:

„Armin Laschet gibt den Wendehals und setzt sich vom Grenzwert-Fetischismus der Lockdown-Politik ab, die ein ganzes Land lahmlegt, die Bürger einsperrt und die Wirtschaft ruiniert. Offenbar dämmert es dem frischgebackenen CDU-Chef, dass die Positionen der AfD in der Corona-Politik näher an der Lebenswirklichkeit der Bürger sind als die sturen Durchhalteparolen der Lockdown-Gouvernanten Merkel und Söder.

Gut drei Wochen vor zwei wichtigen Landtagswahlen ist das allerdings ein ziemlich durchsichtiges Wahlkampfmanöver. Glaubwürdiger wäre es, wenn Armin Laschet seine Skepsis wenigstens schon vor einer Woche entdeckt hätte, bevor er die abermalige Verlängerung des Lockdown-Wahnsinns mitbeschlossen und gegenüber den Bürgern gerechtfertigt hat.

Auch in Nordrhein-Westfalen warten Eltern und Kinder auf die schnelle Öffnung der Schulen, wollen Einzelhändler, Gastronomen und Gewerbetreibende ihre Geschäfte und Betriebe endlich wieder hochfahren. In der praktischen Politik seines Bundeslandes und auf der nächsten Ministerpräsidentenkonferenz am 3. März kann Armin Laschet jetzt unter Beweis stellen, wie ernst es ihm mit seinen neuen Tönen tatsächlich ist.“

<https://www.afdbundestag.de/gauland-laschets-inzidenzwert-kritik-ist-wenig-glaubwuerdiges-wahlkampfmanoever/>

Warum verschweigt Frau Klöckner ihre Hinterzimmertreffen mit Lobbyisten?

Erst kürzlich hat die Organisation Foodwatch Klage gegen Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner eingereicht, weil diese sich weigerte, ihre Lobby-Treffen offenzulegen. Dies nahm der AfD-Bundestagsabgeordnete Stephan Protschka zum Anlass, die Bundesregierung zu fragen, wie oft sich Frau Klöckner seit Amtsantritt zu Einzelgesprächen und Verbandsgesprächen mit Vertretern von Interessensverbänden getroffen hat. Es wurde ausweichend geantwortet, dass eine umfassende und lückenlose Auflistung der Lobby-Gespräche nicht gewährleistet werden könne und weder rechtlich geboten noch von der öffentlichen Verwaltung leistbar sei.

Dazu äußert sich der agrarpolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, Stephan Protschka, wie folgt:

„Es ist für mich eine billige Ausrede, dass eine umfassende und lückenlose Auflistung der Lobbygespräche von Landwirtschaftsministerin Julia Klöckner angeblich nicht gewährleistet werden kann. Die Bundesregierung verweist weiter darauf, dass keine rechtliche Verpflichtung bestünde solche Treffen zu dokumentieren.



Dieser Vorgang verdeutlicht, wie dringend wir ein verpflichtendes Lobbyregister im Deutschen Bundestag benötigen, so wie wir es bereits im letzten Jahr forderten ([BT-Drucksache 19/22183](#)). Nur auf diese Weise kann transparent nachvollzogen werden, welche Lobbyisten Einfluss auf die Gesetzgebung des Bundes oder andere politische Entscheidungen nehmen wollen. Solange Julia Klöckner nicht transparent offenlegt, mit welchen Lobbyisten sie sich im Hinterzimmer trifft, muss sie sich den Vorwurf gefallen lassen, nicht mit offenen Karten zu spielen.“

<https://www.afdbundestag.de/protschka-warum-verschweigt-frau-kloeckner-ihre-hinterzimmertreffen-mit-lobbyisten/>

Schulen deutschlandweit zeitnah öffnen

Zur anhaltenden Debatte über die Wiedereröffnung der Schulen und die sich häufenden Berichten über die psychologischen Folgen der Corona-Krise für Kinder und Jugendliche teilt der bildungspolitische Sprecher der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag, Götz Frömming, mit:

„Die Öffnung der Grundschulen in Sachsen ist ein Hoffnungszeichen, auf das viele Eltern und Kinder in Deutschland seit Monaten warten. Die übrigen Bundesländer müssen jetzt nachziehen und zeitnah alle Schulen wieder öffnen.

Die Schule ist das beste Mittel, um Kinder und deren Familien vor den negativen Auswirkungen des Lockdowns zu bewahren. Der Unterricht gibt dem Alltag der Kinder auch in schwierigen Zeiten einen Rhythmus und ermöglicht die für die Entwicklung der Kinder so wichtigen sozialen Kontakte. Außerdem sorgt der Schulbesuch für die dringend erforderliche Entlastung in vielen Familien. Zugleich verhindern wir mit einer schnellen Wiedereröffnung der Schulen die Entstehung einer ‚verlorenen‘ Bildungsgeneration.

Natürlich ist die Entscheidung über die Öffnung der Schulen in Zeiten der Corona-Pandemie eine schwierige Abwägungsfrage. Es ist aber letztlich eine politische Entscheidung und keine wissenschaftliche. Der Blick nach Frankreich zeigt, dass die Öffnung der Schulen während der Corona-Pandemie nicht nur möglich, sondern auch beherrschbar ist. In unserem Nachbarland hat die Aufrechterhaltung des Präsenzunterricht anders als von manchen Experten befürchtet, nicht zu einer explosionsartigen Zunahme der Infektions- beziehungsweise Sterbezahlen geführt.“

<https://www.afdbundestag.de/froemming-schulen-deutschlandweit-zeitnah-oeffnen/>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 18.2.2021

Corona-Schnelltests ab 1. März – ohne Heraufsetzen der Inzidenzwerte Schritt in den Dauerlockdown

Bundesgesundheitsminister Spahn hat angekündigt, dass ab dem 1. März 2021 für alle Bürger kostenlose Antigen-Schnelltests zur Verfügung stehen sollen. Sie sollen in Testzentren oder Apotheken von geschultem Personal vorgenommen werden. In Kürze sollen selbst Laienschnelltests verfügbar sein. Das soll laut Spahn zu einem sicheren Alltag beitragen, gerade auch in Schulen und Kitas.

Der gesundheitspolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, Detlev Spangenberg, sagt dazu:



„Das könnte zu einem Dauer-Lockdown führen. Werden diese Schnell- und Selbsttests jetzt massenhaft angewandt, wird es sehr viele neue positive Testergebnisse geben. Auch die Bundesregierung weiß, dass sehr viele Menschen eine Infektion mit dem Coronavirus gar nicht bemerken, weil sie gar keine Symptome haben. Wenn durch massenhaften Testeinsatz diese Menschen nun als positiv getestet deklariert werden, erhöhen sich mit Sicherheit auch die politisch so bedeutenden Inzidenzwerte, ohne dass sich das Infektionsgeschehen im Land überhaupt verschlechtert hätte. Lediglich die Zahl positiver Tests wird erhöht – und damit die Inzidenzwerte als Begründung für die Einschränkung der Grundrechte. Die Inzidenzwerte als allein ausschlaggebende Begründung für die derzeitigen einschneidenden Maßnahmen heranzuziehen ist sowieso schon bedenklich.

Ist dies das politische Ziel der derzeitigen Regierung?“

<https://www.afdbundestag.de/spangenberg-corona-schnelltests-ab-1-maerz-ohne-heraufsetzen-der-inzidenzwerte-schritt-in-den-dauerlockdown/>

Lockdown beenden statt folgenlose Öffnungsdebatten führen

Zur Debatte über mögliche Öffnungsschritte für Geschäfte und Gastronomie teilt der Vorsitzende der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag, Alexander Gauland, mit:

„Man kommt fast nicht mehr hinterher. Nach CDU-Chef Armin Laschets halbherzigen Absetzbewegungen von Merkels Grenzwert-Fetischismus in der Lockdown-Politik stellen jetzt Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann und Bayerns Ministerpräsident Markus Söder Öffnungs- und Lockerungsschritte im Einzelhandel in Aussicht.

Doch das sind nur Ablenkungsmanöver, die an der verhängnisvollen Lockdown-Politik nichts ändern. Es ist der hilflose Versuch der Altparteien, dem wachsenden Unmut und der Verzweiflung der Bürger und der Wirtschaft etwas entgegenzusetzen, um sich über die anstehenden Landtagswahlen zu retten.

Wir brauchen keine ergebnislosen Öffnungsdebatten oder Ankündigungen. Die um ihr wirtschaftliches Überleben kämpfenden Betriebe des Einzelhandels, der Gastronomie und des Hotelgewerbes benötigen jetzt ohne weitere Verzögerungen konkrete Öffnungsschritte. Diese sind nicht erst angesichts der nun stetig zurückgehenden Infektionszahlen dringend geboten, sie hätten in Verbindung mit dem besonderen Schutz von Risikogruppen schon viel früher erfolgen müssen.

Es darf jetzt keine Ausflüchte und Verzögerungen mehr geben: Der Lockdown muss beendet, der Schutz der Risikogruppen vorangetrieben und das Impf-Angebot für alle, die sich freiwillig impfen lassen wollen, schnellstmöglich ausgebaut werden.“

<https://www.afdbundestag.de/gauland-lockdown-beenden-statt-folgenlose-oeffnungsdebatten-fuehren/>

Das staatliche Tierwohlkennzeichen muss gestoppt werden

In einer Kleinen Anfrage an die Bundesregierung ([BT-Drs. 19/26284](#)) wollte die AfD-Bundestagsfraktion wissen, wie der aktuelle Stand bezüglich des staatlichen Tierwohlkennzeichens ist.



Zu den Antworten der Bundesregierung äußert sich der AfD-Bundestagsabgeordnete Stephan Protschka, Obmann im Ausschuss Ernährung und Landwirtschaft, wie folgt:

„Ich fordere die Bundesregierung auf, nicht weiterhin Steuergelder für das staatliche Tierwohlkennzeichen zu verschwenden. Seit ungefähr anderthalb Jahren können sich deutsche Verbraucher beim Fleischkauf nach einem vom Handel angebotenen freiwilligen Haltungsform-Label richten. Innerhalb dieses Zeitraums hat sich jedoch das Angebot in Supermärkten und Discountern von Fleisch mit höheren Haltungsstandards kaum verändert. Um das Fleischangebot nachhaltig in Richtung mehr Tierwohl zu verändern, müssen somit zuerst bestehende Probleme behoben werden (etwa mit mehr Ernährungsbildung).

Zudem deckt unsere Kleine Anfrage auf, dass mit dem staatlichen Tierwohlkennzeichen ohnehin erst frühestens 2022 auf dem Markt zu rechnen ist und dann auch nur auf Schweinefleisch. Bis die Bundesregierung bei diesem Tempo ihr Tierwohlkennzeichen auf allen Fleischprodukten hat, wird wahrscheinlich dieses bereits durch ein EU-weites Tierwohlkennzeichen abgelöst werden.“

<https://www.afdbundestag.de/protchka-das-staatliche-tierwohlkennzeichen-muss-gestoppt-werden/>

Video-Empfehlungen

Kanal der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag

Alle Videos der Fraktion finden Sie hier:

<https://www.youtube.com/channel/UCVXqMg5NOK5z8dwtzqRcMNq/videos>

Kanal der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

Alle Videos der Fraktion finden Sie hier:

https://www.youtube.com/channel/UC_dZp8bZipnjntBGLVHm6rw/videos

Kanal von AfD Kompakt TV

Wochenendpodcast der AfD

<https://afdkompakt.de/podcast/>

AfD im EU-Parlament

Alle Videos der AfD-Fraktion im EU-Parlament finden Sie hier:

<https://www.youtube.com/c/AfDimEUParlament/videos>



Meldungen aus Deutschland und der Welt

Gemischtes aus Deutschland und der Welt

DRESDEN: MANN ZÜNDET SICH VOR LANDTAG AN UND STIRBT, IDENTITÄT WEITER UNKLAR

<https://www.tag24.de/dresden/lokales/dresden-mann-zuendet-sich-vor-landtag-an-und-stirbt-1837238>

Leopoldina-Mitglied: „Wissenschaftler haben sich von der Regierung für Propaganda einspannen lassen“

<https://www.epochtimes.de/politik/deutschland/leopoldina-mitglied-wissenschaftler-haben-sich-von-der-regierung-fuer-propaganda-einspannen-lassen-a3448566.html>

Deutschland tritt Genomprojekt der EU bei

<https://www.bmbf.de/de/deutschland-tritt-genomprojekt-der-eu-bei-10676.html>

WDR entschuldigt sich für „Blackfacing“ in Karnevalssendung

<https://jungefreiheit.de/kultur/medien/2021/wdr-entschuldigt-sich-fuer-blackfacing-in-karnevalssendung/>

Das Symbol des Bösen: Der Kreis der Agenda 2030 / des Great Reset

<https://www.wochenblick.at/das-symbol-des-boesen-der-kreis-der-agenda-2030-des-great-reset/>

Aus Sorge vor Diskriminierung: Englischer Humor bald mit Warnhinweisen

<https://www.wochenblick.at/aus-sorge-vor-diskriminierung-englischer-humor-bald-mit-warnhinweisen/>

Informationen zum Coronavirus

Robert Koch-Institut: COVID-19-Dashboard

<https://experience.arcgis.com/experience/478220a4c454480e823b17327b2bf1d4>

Johns Hopkins Universität: COVID-19-Dashboard

<https://gisanddata.maps.arcgis.com/apps/opsdashboard/index.html?fbclid=IwAR1YrifY296A08gQRaG58QD1QjNtpCUDVQJ2eC0qMURm1WtQkUQQ9Hjx2Gg#/bda7594740fd40299423467b48e9ecf6>

Aktuelle Belegungssituation intensivmedizinischer Bereiche der Krankenhaus-Standorte Deutschlands

<https://www.intensivregister.de/#/intensivregister?tab=kartenansicht>

Krankmeldungswelle im Krankenhaus nach Corona-Impfung

https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/oldenburg_ostfriesland/Emden-Krankmeldungswelle-im-Krankenhaus-nach-Corona-Impfung,aktuelloldenburg6638.html



Fünf Todesfälle in Emstek - neue Tests im Seniorenheim

https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/oldenburg_ostfriesland/Fuenf-Todesfaelle-in-Emstek-neue-Tests-im-Seniorenheim,corona6696.html

Corona-Ausbruch nach Erstimpfung in Solmsener Seniorenheim

https://www.mittelhessen.de/lokales/wetzlar/solms/corona-ausbruch-nach-erstimpfung-in-solmsener-seniorenheim_23083214

Kretschmer: Dieses Jahr kein Osterurlaub in Deutschland möglich

<https://www.rnd.de/politik/kretschmer-kein-osterurlaub-2021-in-deutschland-moeglich-AK63KMLDPVB7FJGHQRNSIMYH6Q.html>

Kein Osterurlaub - Kretschmer bleibt dabei

<https://www.n-tv.de/politik/Kein-Osterurlaub-Kretschmer-bleibt-dabei-article22369275.html>

Britische Regierung veröffentlicht schockierenden Bericht über COVID-Impfstoff-Nebenwirkungen

<https://unser-mitteuropa.com/britische-regierung-veroeffentlicht-schockierenden-bericht-ueber-covid-impfstoff-nebenwirkungen/>

„Ich rate jedem ab es aktuell zu tun“ – Schilderung der Impfung einer Krankenhausmitarbeiterin

<https://corona-blog.net/2021/02/15/ich-rate-jedem-ab-es-aktuell-zu-tun-schilderung-der-impfung-einer-krankenhausmitarbeiterin/>

Regionen in Schweden stoppen AstraZeneca-Impfung wegen starker Nebenwirkungen

<https://www.nordbayern.de/panorama/gar-nicht-gut-regionen-in-schweden-stoppen-astrazeneca-impfung-wegen-starker-nebenwirkungen-1.10843819>

Hamburger Forscher: Coronavirus stammt wohl aus China-Labor

<https://www.ndr.de/nachrichten/hamburg/Hamburger-Forscher-Coronavirus-stammt-wohl-aus-China-Labor,corona6764.html>

Corona-Infos für Sachsen

Sächsische Corona-Schutz-Verordnung

<https://www.coronavirus.sachsen.de/amtliche-bekanntmachungen.html>

Corona-Schutz-Verordnungen und Informationen für den Landkreis Bautzen

<https://www.landkreis-bautzen.de/corona-pandemie-im-landkreis-bautzen.php>

Corona-Statistik Landkreis Bautzen

https://www.google.com/maps/d/viewer?mid=1bMZYK_32xIQP_b-kkGdeBijXTmn-gkAt&ll=51.2527260461296%2C14.289679554517463&z=9

Sachsen verbietet Sonnenbrille und Mütze im Auto!

<https://www.blick.de/sachsen/sachsen-verbietet-sonnenbrille-und-muetze-im-auto-artikel11351594>



Unschöne Nachrichten ... aus der Kategorie „Bereicherung“

IM FUSSGÄNGERTUNNEL! DREI KINDER IN CHEMNITZ SEXUELL MISSBRAUCHT

<https://www.tag24.de/chemnitz/crime/im-fussgaengertunnel-drei-kinder-in-chemnitz-sexuell-missbraucht-1838140>

Lesbos: 130 Flüchtlinge landen am Mittwoch in Deutschland

<https://www.berliner-zeitung.de/news/lesbos-rund-130-fluechtlinge-landen-am-mittwoch-in-deutschland-li.139950>

Männer bedrohen Frauen mit Waffen: Drei SEK-Einsätze in Berlin

<https://www.berliner-zeitung.de/news/maenner-bedrohen-frauen-mit-waffen-drei-sek-einsaetze-in-berlin-li.140197>

Mädchen (13) in Zug 40 Minuten lang missbraucht

<https://www.bild.de/regional/thueringen/thueringen-aktuell/berka-thueringen-maedchen-13-in-zug-40-minuten-lang-missbraucht-75409312.bild.html>



Fakten in Bildern

FACT SHEET AUSTRIA

Auswertung von Daten der US-Gesundheitsbehörde CDC
Anteil aller Impfstoffe an gemeldeten schweren Nebenwirkungen seit Anfang 2019

**Obwohl erst seit 14. Dezember 2020 zugelassen:
COVID-19-Vaccine im Zwei-Jahres-Ranking
schon jetzt an erster Stelle !**

Verstorben nach Impfung	Anzahl	Anteil
1. COVID19	149	36,3 %
2. PNEUMOCOCCAL (PREVNAR, PNC13)	41	10,0 %
3. INFLUENZA (FLU4 SEASONAL)	28	6,8 %
4. ROTAVIRUS ... (RV5)	27	6,6 %
5. DIPHTHERIA + TETANUS ... (DTAPHEPBIP)	24	5,9 %
6. DIPHTHERIA + TETANUS ... (DTAPIPVHIB)	23	5,6 %
7. HAEMOPHILUS B (HIBV)	20	4,9 %
8. ZOSTER (VARZOS)	19	4,6 %
9. HEPATITIS B (HEP)	14	3,4 %
10. ROTAVIRUS ... (RV1)	9	2,2 %

Schwere Nebenwirkung nach Impfung	Anzahl	Anteil
1. COVID19	2024	16,8 %
2. ZOSTER (VARZOS)	1716	14,2 %
3. INFLUENZA (FLU4 SEASONAL)	1442	11,9 %
4. PNEUMOCOCCAL (PPV)	762	6,3 %
5. PNEUMOCOCCAL (PREVNAR, PNC13)	601	5,0 %
6. TETANUS + DIPHTHERIA ... (TDAP)	436	3,6 %
7. MEASLES, MUMPS, RUBELLA ... (MMR)	392	3,2 %
8. HEPATITIS A (HEPA)	329	2,7 %
9. HUMAN PAPILLOMA (HPV9)	314	2,6 %
10. INFLUENZA (FLU3 SEASONAL)	302	2,5 %

Datenquelle: CDC - Centers for Disease Control and Prevention, Weblink: <https://wonder.cdc.gov/VAERS> - Vaccine Adverse Event Reporting System, Stand: 24.1.2021



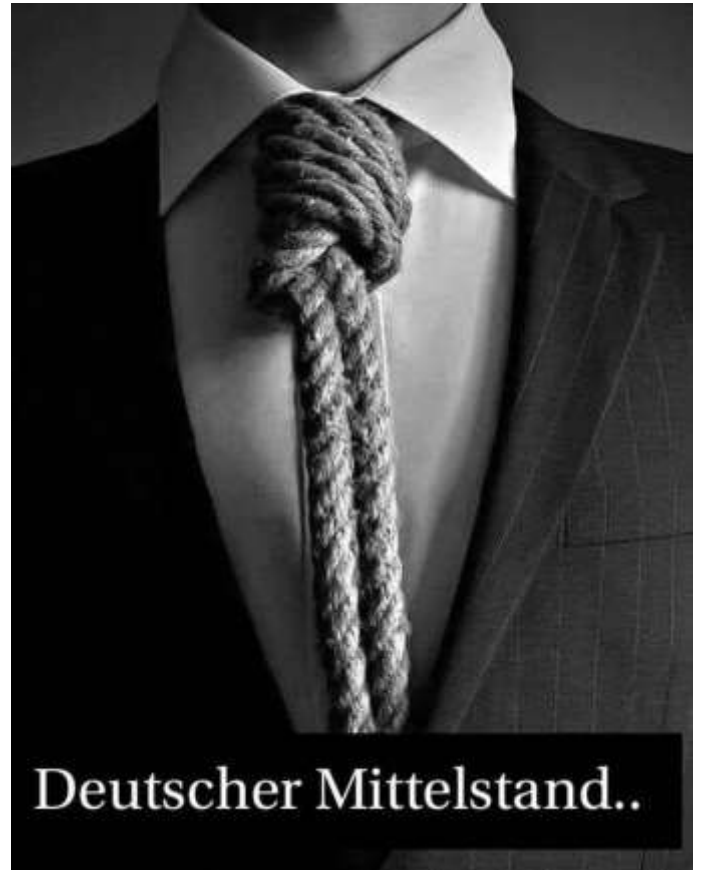
“

DIE **BEDROHLICHKEIT DER MUTATIONEN** IST JA NICHTS WEITER ALS **PROPAGANDA**.
DIE STUDIEN GEBEN ES **NICHT** HER. (...) ES SIEHT EHER DANACH AUS, DASS DORT, WO STARKE MUTATIONEN SIND, DIE ZAHLEN RUNTER GEHEN. **VIREN VERÄNDERN SICH SOWIESO IMMER**. UND AUCH DIE **ANGEBLICH** SO ANSTECKENDE BRITISCHE VARIANTE HAT SICH BISHER IN DER PRAXIS **NICHT** ZU EINEM GROSSEN PROBLEM ENTWICKELT. NUR: WENN MAN SO WEITER MACHT, WIRD **IMMER WIEDER EIN NEUES ARGUMENT** KOMMEN, WARUM MAN SICH NICHT VORWÄRTS BEWEGEN KANN, SONDERN IN **ANGSTSTARRE** VERHARRT. UND DAS IST EINE **FURCHTBARE SITUATION**, IN DER SICH DIE GESELLSCHAFT BEFINDET.

”

PROF. DR. MED. MATTHIAS SCHRAPPE

U.A. EHEMALIGER BERATER DES BUNDES IN GESUNDHEITSPRAGEN
IN EINEM INTERVIEW MIT FOCUS AM 15.02.2021



Deutscher Mittelstand..

Es gibt keine Impfung gegen HIV nach 40 Jahren Forschung.

Es gibt keine wirksame Impfung gegen Grippe.

Es gibt keine Impfung gegen Krebs nach 100 Jahren Forschung.

NICHTS HILFT.

Und plötzlich erscheint auf mysteriöse Weise ein Virus und innerhalb eines Jahres gibt es einen Impfstoff, den die gesamte Bevölkerung nehmen soll.

NEIN DANKE!



Achtung Satire!

.. ernste Dinge mit einem kleinen Augenzwinkern betrachtet, denn das Lachen lassen wir uns niemals verbieten!





Kommunalmandate im KV Bautzen

Alle gewählten Mandatsträger des Kreisverbandes Bautzen finden Sie unter:

<http://www.afdbautzen.de/kommunalpolitik/>

PRESSE-ARCHIV

<http://www.afdbautzen.de/pressearbeit/blaue-post-bautzen/>

<http://www.afdbautzen.de/pressearbeit/blauer-rundbrief/>

SPENDENKONTO

AfD Kreisverband Bautzen
IBAN: DE 1685 0503 0002 2578 5552
BIC: OSDDDE81XXX
Ostsächsische Sparkasse

Entscheiden Sie selbst, ob ein Teil Ihrer Steuern besser als Spende beim Verein oder der Partei Ihrer Wahl aufgehoben ist oder beim Bundesfinanzminister!

VIEL SPAß BEIM LESEN UND VERBREITEN!

KONTAKT:

Büro Bautzen
Karl-Marx-Str. 15
02625 Bautzen
03591-5328336
Montag – Freitag
10.00-18.00 Uhr

Büro Hoyerswerda
Friedrichsstr. 9
02977 Hoyerswerda
03571-2096287
Montag: Geschlossen
Di/Mi: 9.00-16.00 Uhr
Do/Fr: 10.00-18.00 Uhr

Büro Kamenz
Klosterstr. 4
03578-7889108
Montag 12.00-18.00 Uhr
Dienstag 10.00-18.00 Uhr
Mittwoch 12.00-18.00 Uhr
Donnerstag 8.00-18.00 Uhr
Freitag 8.00-13.00 Uhr

www.afdbautzen.de
info@afdbautzen.de



AfD-Kreisverband Bautzen